

Jungen Wirtschaft: Konjunkturbarometer Jänner 2014

- Präsentation der Ergebnisse der market-Umfrage
 - Konjunkturaussichten für das 1. Halbjahr 2014
- Bilanz der letzten 4 Jahre durch den ehemaligen JW-Bundesvorsitzenden
- Programmatischer Ausblick des neuen JW-Bundesvorsitzenden
- Forderungen der Jungen Wirtschaft

Wien, 9. Jänner 2014

Trotz positiver Wirtschaftsaussichten bleiben Jungunternehmer abwartend – Impulse von der Politik sind gefragt

Die aktuellen Ergebnisse des Konjunkturbarometers der Jungen Wirtschaft sprechen eine klare Sprache. Die heimischen Jungunternehmer zeigen sich generell abwartend. Ein zentraler Grund sind die unklaren Aussichten im Hinblick auf die Politik der kommenden Monate und Jahre. „Die Jungunternehmer erwarten sich grundlegende Reformen und mehr als ein paar positive Signale von der Politik. Die neue Bundesregierung hat die Chance durchzustarten und rasch Maßnahmen für junges Wachstum zu setzen. Das wäre ein wichtiger Impuls für die jungen Unternehmer, aber auch für den Wirtschaftsstandort“, erklärt Herbert Rohrmair-Lewis, neuer Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft (JW).

Ein Blick auf die konkreten Bereiche zeigt im Vergleich zum Sommer eine konstante Einschätzung der Befragten. So geht der Großteil etwa von einer gleichbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung aus. Auch wenn die Eigenkapitalquote steigt und die Jungunternehmer abwarten, kann man davon ausgehen, dass die Jungunternehmerschaft emotional ausgehungert ist und auf positive Maßnahmen statt Versprechungen wartet. „Es ist fünf vor zwölf für hilfreiche Maßnahmen, die – um es in der Diktion des

Sports zu sagen - uns helfen wieder „Meter gut zu machen“ so Rohrmair-Lewis weiter.

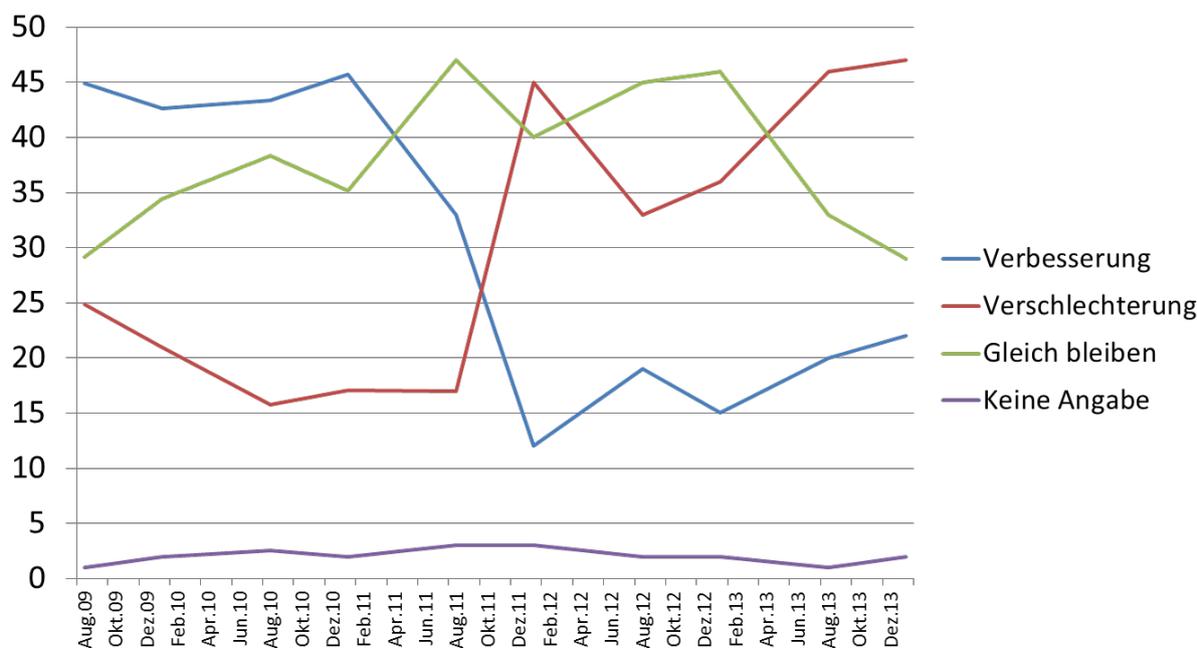
Im Auftrag der Jungen Wirtschaft erhob das market-Institut von 1.062 Mitgliedern die Einschätzung zur Entwicklung der heimischen Wirtschaft in den kommenden Monaten.

Die wichtigsten Konjunkturdaten

Konstant verhaltene Einschätzung der Wirtschaftslage

Diese Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage hat sich im Vergleich zum Sommer leider praktisch nicht verändert. 22 Prozent der Befragten rechnen mit einer Verbesserung der Situation (August 2013: 20%). 29 Prozent (August 2013: 33%) gehen davon aus, dass die Lage unverändert bleibt. Fast die Hälfte der Befragten - 47 Prozent (August 2013: 46%) – erwartet eine Verschlechterung. Trotz der Kontinuität lässt sich seit Dezember 2011 (12%) ein zaghafter Aufwärtstrend erkennen, was den positiven Wirtschaftsausblick betrifft.

Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage zwischen 02/2009 und 01/2014



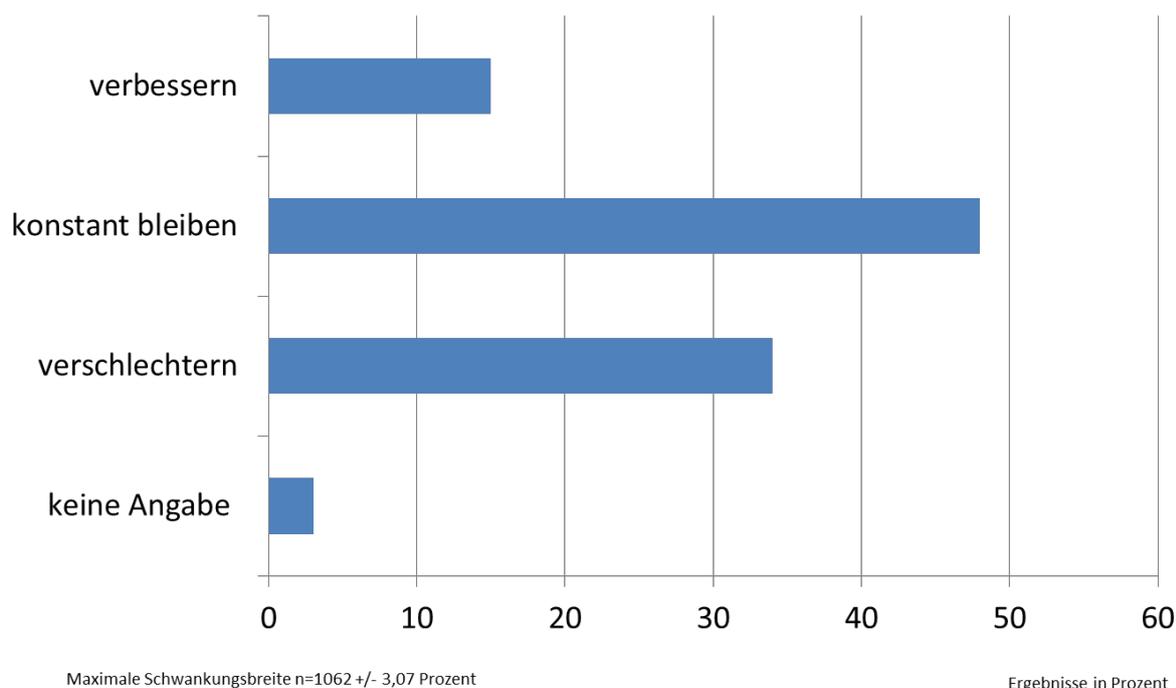
Maximale Schwankungsbreite n=1062 +/- 3,07 Prozent

Ergebnisse in Prozent

Unveränderte Kostensituation

Gefragt nach der Kostensituation, sind 15 Prozent (August 2013: 16%) der Meinung, dass sich diese verbessern wird. Im Gegensatz dazu erwarten 34 Prozent (August 2013: 33%) eine Verschlechterung der Kostensituation. Eine knappe Mehrheit (48%) sieht in naher Zukunft eine konstante Entwicklung (August 2013: 48%).

Einschätzung der Jungunternehmer zu ihrer Kostensituation (Jänner 2014)

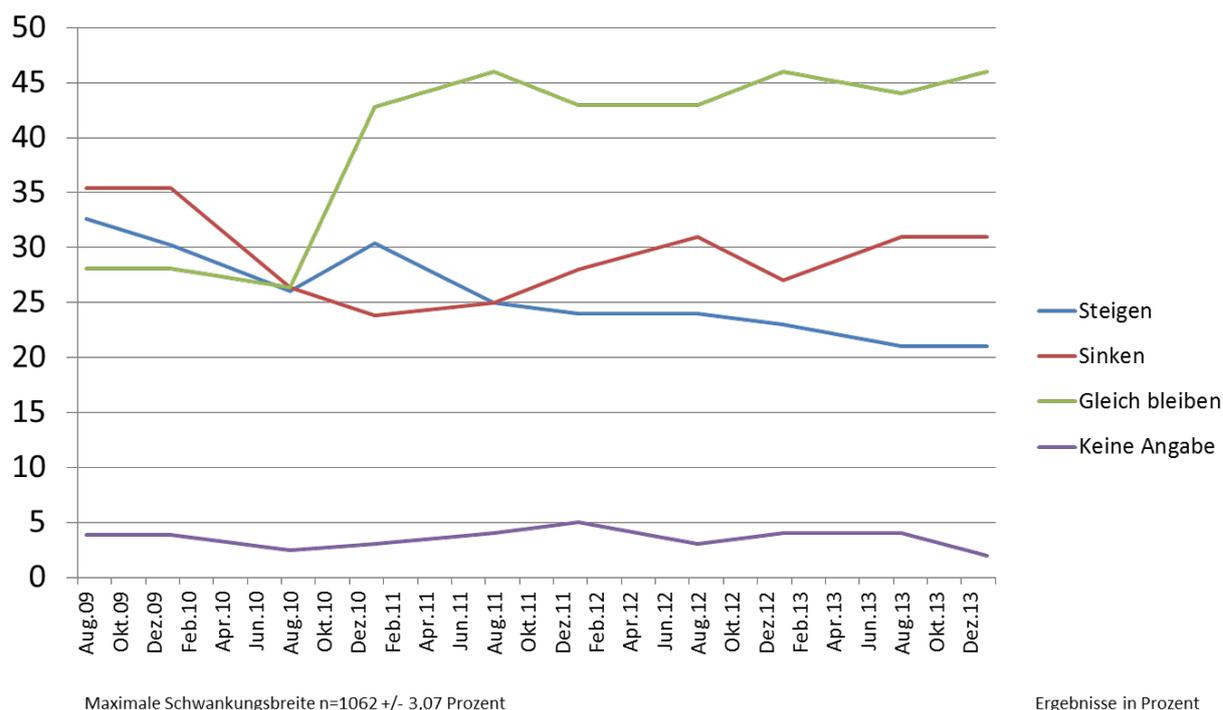


Grundstimmung bei Investitionen bleibt abwartend

Mit wenig Veränderung ist bei den Investitionsaktivitäten zu rechnen. 46 Prozent (August 2013: 44%) der befragten Jungunternehmer gibt an, konstant viel investieren zu wollen. Das ist ein leichtes Plus im Vergleich zum Sommer. 21 Prozent (August 2013: 21%) planen eine Anhebung ihrer Investitionen, und 31 Prozent (August 2013: 31%) werden diese zurückfahren. Im Langzeitvergleich zeigt sich, dass die Kluft zwischen jenen, die investieren wollen, und jenen, die ihre Investitionsaktivitäten beschränken wollen, zugunsten der zweiten Gruppe größer wird. Diese Entwicklung unterstreicht die

Notwendigkeit für rasche Maßnahmen im Bereich der alternativen Finanzierungsformen.

Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der Investitionsaktivitäten zwischen 02/2009 und 01/2014.

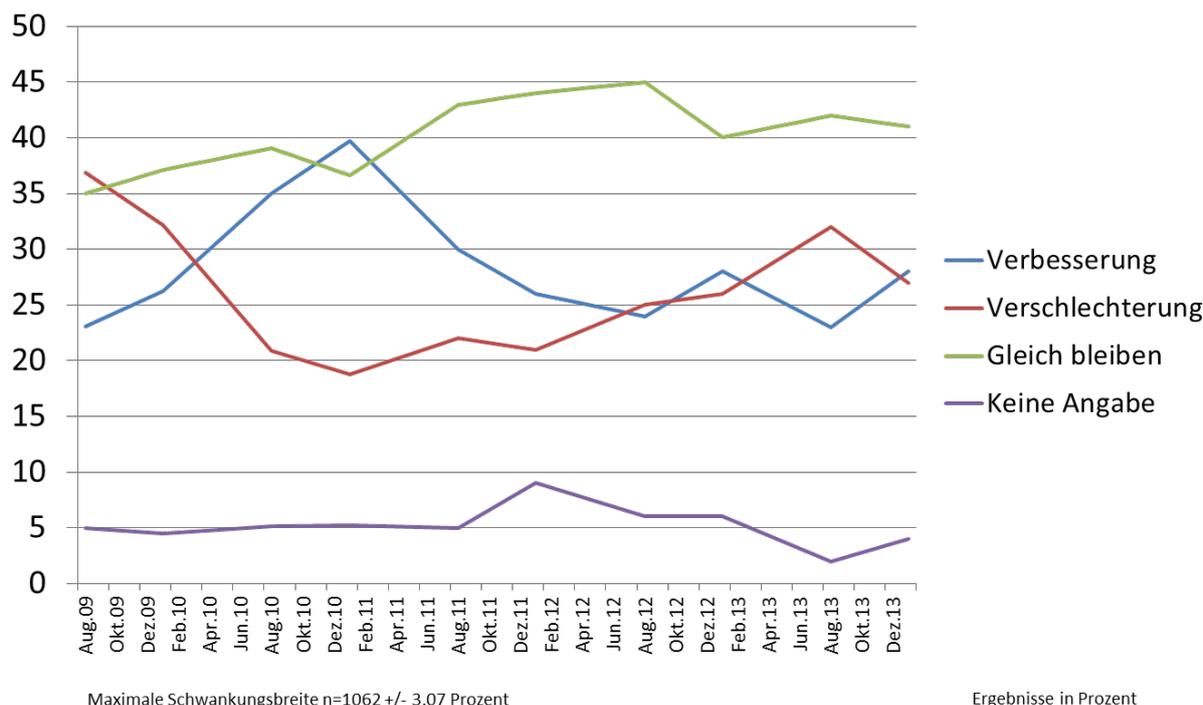


Optimistischere Einschätzung zur Ertragslage

Einen leichten Aufwärtstrend jedoch gibt es bei der Ertragslage. Während im letzten Sommer 23% angegeben haben, dass sich in ihren Augen die Ertragslage verbessern wird, erwarten aktuell 28% die Einschätzung eine positive Entwicklung. Der Wert jener, die von einer Verschlechterung ausgehen, ist im gleichen Verhältnis von 32 auf 27 Prozent gesunken. Immerhin 41 Prozent sehen eine gleichbleibende Ertragslage für das

kommende Jahr(August 2013: 42%).

Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der Ertragslage zwischen 02/2009 und 01/2014



Ein Drittel plant Aufnahme eines Mitarbeiters

Die Junge Wirtschaft wollte von ihren Mitgliedern auch wissen, ob sie in den kommenden 6 bis 12 Monaten planen, einen Mitarbeiter einzustellen. Ein knappes Drittel (30%) beantwortete diese Frage mit „ja“ bzw. „eher ja“, während die restlichen zwei Drittel einen solchen Schritt momentan nicht in Betracht ziehen. „Um mehr Jungunternehmer zur Einstellung eines Mitarbeiters zu bewegen und junges Wachstum zu fördern, brauchen wir positive Signale der Politik. Je schneller desto besser“, so

Rohrmair-Lewis.

Roth: Die letzten Jahre brachten wesentliche Verbesserungen

Der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungen Wirtschaft, Markus Roth, zieht nach vier Jahren an der Spitze der österreichischen Jungunternehmervertretung und intensiver Überzeugungsarbeit in den Medien sowie in der Politik eine positive Bilanz: „Die Hartnäckigkeit der Jungen Wirtschaft bei der Umsetzung ihrer Forderungen hat sich gelohnt. So konnten wir in den letzten vier Jahren gemeinsam wesentliche Verbesserungen für Jungunternehmer erzielen und uns bei der Politik bei wichtigen Zukunftsthemen Gehör verschaffen.“

Finanzierung: Potential von Crowdfunding freigesetzt

Im Bereich der Unternehmensfinanzierung machte die Junge Wirtschaft kontinuierlich auf die verschärfte Finanzierungssituation der Jungunternehmer aufmerksam und forderte echte Alternativen zur klassischen Bankenfinanzierung. Mit dem klaren Auftrag, den Start und das Wachstum von jungen Ideen zu erleichtern, erarbeitete die Junge Wirtschaft im Rahmen eines Advisory Board konkrete Vorschläge für die Politik. Noch vor der Nationalratswahl 2013 machten sich die vielen Verhandlungsgespräche bezahlt: Mit der Erhöhung der Prospektpflicht von 100.000

Euro auf 250.000 Euro wurde ein erster Schritt gesetzt um das große Potential von Crowdfunding freizusetzen. Zusätzlich wurden ein Business Angel Fonds sowie ein Gründerfonds mit einem Gesamtvolumen von 110 Millionen Euro geschaffen. Das eröffnet neue Chancenhorizonte für heimische Unternehmensgründungen.

„Die Junge Wirtschaft konnte im Bereich der alternativen Finanzierungsformen wichtige Impulse für Jungunternehmer setzen. Trotzdem befinden wir uns erst am Anfang. Es gibt noch viel zu tun“, fasst Roth zusammen.

10.000 Euro GmbH: Echte Chance für mehr Gründungen

Dies war nicht der einzige Erfolg der Jungen Wirtschaft unter der Leitung von Markus Roth: Die Einführung der 10.000 Euro GmbH war eine weitere wichtige Kernforderung der Jungen Wirtschaft, die im vergangenen Jahr umgesetzt wurde. Mit der Senkung des Mindeststammkapitals von 35.000 Euro auf 10.000 Euro bei GmbH-Gründungen wurde jungen Menschen eine echte Chance gegeben.

Darüber hinaus brachte die GmbH-Reform auch eine Senkung der Mindestkörperschaftssteuer von 1.750 Euro auf 500 Euro pro Jahr und somit eine Verringerung um mehr als 70 Prozent mit sich. Damit wurden wichtige Weichen für mehr junge und innovative Unternehmen gestellt, die Wachstum und Arbeitsplätze

schaffen.

Das aktuelle Regierungsprogramm sieht eine Auffüllungsverpflichtung für jene 10.000-Euro GmbH-Inhaber vor, die zukünftig Gewinne schreiben sowie für alle Neugründungen, sobald sie Gewinne schreiben. „Dieser Schritt ist völlig unverständlich und wird von uns klar abgelehnt. Anstatt die Gewinne in Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen investieren zu können, werden Jungunternehmer gezwungen ihr Eigenkapital aufzufüllen. Das ist innovations- und wachstumsfeindlich und zudem international nicht konkurrenzfähig“, so Roth.

Schulden runter, Zukunft rauf für mehr Generationengerechtigkeit

Die Junge Wirtschaft war in den vergangenen Jahren nicht nur das Sprachrohr von 120.000 Jungunternehmern, sondern auch eine starke Stimme der jungen Generation. Mit Kampagnen wie „Schulden runter, Zukunft rauf“ machte sie auf die prekäre Schuldensituation in Österreich aufmerksam sowie auf die Gründe für die unerfreuliche Lage der heimischen Wirtschaft. Dazu zählen unter anderem ein überholtes Pensionssystem sowie eine ineffiziente Verwaltungsstruktur.

„Auch in Zukunft, wird sich die Junge Wirtschaft nicht nur für die Interessen der Jungunternehmer starkmachen. Die JW wird vielmehr auch weiterhin die starke Stimme der jungen Generation sein und

sich für wichtige Zukunftsthemen einsetzen. Im Interesse der Wirtschaft. Im Auftrag der Zukunft“, so Roth abschließend.

Rohrmair-Lewis: Innovation als programmatischer Schwerpunkt

Im Rahmen der Delegiertenkonferenz wählte die Junge Wirtschaft Herbert Rohrmair-Lewis einstimmig zum neuen JW-Bundesvorsitzenden. Der 37-jährige Geschäftsführer einer Werbeagentur in Wien hat für die kommenden Jahre einen klaren programmatischen Fokus gewählt. „Der Schwerpunkt meiner Arbeit wird auf dem Thema Innovation und Wachstum liegen. Dass dieses Thema zentral für die zukünftige Entwicklung unserer Wirtschaft ist, darüber sind sich alle einig. Weniger betont wird das Faktum, dass Innovation eng mit Jungunternehmern verbunden ist“, so Rohrmair-Lewis. „Meine Hauptaufgabe sehe ich darin, Innovationen auch von der Politik, den Sozialpartnern wie Gewerkschaft und Arbeiterkammern, aber auch von den Beamten einzufordern. Im engsten Sinne ist auch Österreich als Ganzes wie ein Unternehmen zu sehen, da nur Unternehmen Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen. Jeder Unternehmer, aber auch jeder Arbeitnehmer weiß, dass er sein Unternehmen gefährdet, wenn er

seine Aufgaben nicht wahrnimmt. Ich hoffe, dass wir dies in den nächsten Jahren erkennen und mit Spitzenleistungen auf allen Ebenen in eine positive Richtung gehen“ so der neue JW-Bundesvorsitzende weiter.

Jungunternehmer als Innovationstreiber

„Innovation für uns bedeutet daher nicht nur Forschung und Entwicklung. Vielmehr geht es auch um smarte Lösungen für vielfältige Probleme. Jungunternehmer sind Problemlöser. Deshalb entsteht Innovation dort, wo Jungunternehmer sind“, so der JW-Bundesvorsitzende. Sie finden neue Lösungen für bestehende Probleme und Herausforderungen. Gerade junge Unternehmen sind gezwungen, neue Lösungen und innovative Ideen zu entwickeln. Diese Notwendigkeit macht sie zum Innovationstreiber der Wirtschaft. Es ist daher nur logisch, dass die JW als Jungunternehmervertretung in Österreich dieses Thema als Schwerpunkt wählt.

Innovation sichert Wirtschaftsstandort

Außerdem spielt Innovation in allen ihren Ausprägungen eine zentrale Rolle für die zukünftige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. In einer globalisierten Wirtschaftswelt geht es darum, jene Bereiche zu identifizieren, in denen Wettbewerbsvorteile geschaffen werden können. Mit seinen vielen KMUs besitzt Österreich ein umfangreiches

Potential an Ideen. Dieses Potential gilt es zu heben und so zu nutzen, dass der heimische Lebens- und Wirtschaftsstandort nachhaltig gesichert wird. Dazu gehört beispielsweise auch das Thema Schutz des geistigen Eigentums.

Vereinfachung und Entlastung für mehr Innovation

Um dieses Innovationspotential zu heben, müssen unnötige Hürden beseitigt werden. Deshalb ist das Thema Vereinfachung und Entlastung ein weiterer Programmschwerpunkt. „Junge Unternehmer und Gründer sind momentan gezwungen, sich mit unverhältnismäßig vielen Vorschriften und Regelungen zu beschäftigen. Das erschwert es ihnen, sich auf den Aufbau und die Entwicklung ihres Unternehmens zu konzentrieren“, so Rohrmair-Lewis. Das betrifft beispielsweise die Notariatsaktspflicht, den administrativen Aufwand bei F&E-Förderungen oder die momentane Lohnverrechnung, die mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist. Der Abbau und die Vereinfachung solcher Verwaltungs- und Bürokratiehürden fördert Innovation und bringt auch dem Staat mittel- bis langfristige Vorteile. Daneben existieren unnötige finanzielle Erschwernisse, die insbesondere Jungunternehmer treffen. Dazu zählen die hohen Lohnnebenkosten, die Mindest-KöSt oder die niedrige Grenze für die Absetzbarkeit

geringwertiger Wirtschaftsgüter.

Alternative Finanzierungsformen als Sprungbrett für Innovation

Die Förderung von Innovation braucht aber nicht nur das Wegräumen von Barrikaden, sondern auch das Eröffnen von neuen Optionen und das Schaffen von Alternativen. Solche Alternativen sind speziell bei der Unternehmensfinanzierung notwendig. Österreich ist im Hinblick auf die Möglichkeiten für alternative Finanzierungsformen sowohl im weltweiten als auch im europäischen Vergleich Schlusslicht. „Diese sind das Sprungbrett für mehr Innovation, insbesondere bei jungen Unternehmen. Deshalb wird die Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens von Alternativen zur klassischen Bankenfinanzierung weiterhin ein Schwerpunkt der JW-Arbeit sein. Die Schritte, welche die Politik bis dato gesetzt hat, gehen zwar in die richtige Richtung, aber sie sind noch längst nicht ausreichend“, führt der neue Bundesvorsitzende aus. Sowohl bei Crowdfunding, als auch bei Business Angels oder Venture Capital sind konkrete Schritte notwendig, um den heimischen Jungunternehmern diese Optionen zugänglich zu machen. Die im Regierungsprogramm angekündigte Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens für Crowdfunding wird von der

JW grundsätzlich positiv bewertet.

Echte Generationengerechtigkeit und einen smarten Staat

Einen weiteren Schwerpunkt der kommenden Jahre bildet das Thema Generationengerechtigkeit und Schuldenabbau. Überbordende Staatsschulden verhindern Innovation. Österreich bezahlt im Jahr mehr als 8 Milliarden Euro nur an Zinsen für seine Staatsschulden. „Dadurch fehlen einerseits Mittel für Zukunftsinvestitionen, andererseits steigen die steuerlichen Belastungen immer stärker, um den Staat finanziell über Wasser zu halten. Zwischen diesen beiden Blöcken droht die junge Generation und mit ihr großes Innovationspotential zerrieben zu werden“, kritisiert Rohrmair-Lewis. Die JW werde daher weiterhin als Sprachrohr der jungen Generation deren Anliegen gegenüber der Politik vertreten. Dazu zählen etwa eine tiefgreifende Reform des Pensionssystems oder eine Reform der Verwaltung, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Ein „smarter Staat“ ist ein zentrales Element zur Stärkung der Innovationskraft.

Forderungen der Jungen Wirtschaft

Um Innovation in Österreich voranzutreiben und das Potential der Jungunternehmer freizusetzen, muss die Politik rasch Impulse setzen.

Bessere Kooperation zwischen Wirtschaft und Universitäten/Fachhochschulen

„Wir schlagen als grundlegende Maßnahme die bessere Vernetzung zwischen Wirtschaft, Universitäten und Fachhochschulen vor. Da gibt es ein großes, ungenutztes Potential“, so Rohrmair-Lewis. Dazu ist ein weiterer Ausbau der F&E-Förderung für Kooperationen und die Berücksichtigung der in Kooperation mit Unternehmen eingeworbenen F&E-Fördermittel der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) in der Hochschulstrukturmittelverordnung erforderlich. Ein weiterer Punkt ist der zügige Ausbau des Breitbandnetzes in Österreich.

Verbesserte Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen: Erhöhung der Prospektpflicht, Änderung des Einlagebegriffs, Einführung eines Business Angel Freibetrags

Im Regierungsprogramm findet sich das Bekenntnis zur Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens für Crowdfunding und Bürgerbeteiligungsmodelle. Dazu hat die JW klare Vorschläge erarbeitet: „Wir schlagen ein Stufenmodell vor. Dabei wird die Prospektpflicht auf 5 Millionen Euro erhöht, wie es auch in den EU-

Vorschriften vorgesehen ist. Gleichzeitig soll es je nach Investitionsvolumen gestaffelte Informationspflichten geben“, konkretisiert Rohrmair-Lewis. Außerdem tritt der JW-Bundesvorsitzende für die Änderung des Einlagebegriffes im Bankwesen-Gesetz ein. „Die Entgegennahme von Geldern soll nicht mehr als Einlagengeschäft gelten. Voraussetzung wäre, dass diese Gelder zu keinem Zeitpunkt die Grenze von 5 Millionen Euro überschreiten und keine Vorstufe zu einem Bankgeschäft darstellen. Vielmehr müssen dadurch realwirtschaftliche Tätigkeiten finanziert werden“, so Rohrmair-Lewis weiter.

Abseits von Crowdfunding fordert die Jungunternehmervertretung einen Business Angels- Freibetrag von 50.000 Euro für Investitionen in KMU. Es muss auch die Vorhersehbarkeit der steuerlichen Rahmenbedingungen in diesem Bereich gegeben sein. Dies betrifft laufende Einschränkungen der Anerkennung von Verlustbeteiligungen.

**Senkung der Lohnnebenkosten,
Anhebung der Grenze geringwertiger
Wirtschaftsgüter**

„Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist für uns ein zentrales Anliegen. Junge Unternehmer werden von den momentanen Abgaben erdrückt. Diese stehen in keinem vernünftigen Verhältnis mehr. Konkret sollen die Lohnnebenkosten für den ersten Mitarbeiter im ersten Jahr komplett

abgeschafft werden“, so Rohrmair-Lewis. Eine Vereinfachung der Lohnverrechnung würde ebenfalls eine bedeutende Verbesserung für junge Unternehmen darstellen.

Außerdem plädiert die JW für eine Anhebung der derzeitigen Grenze (seit 1982 nicht valorisiert) für geringwertige Wirtschaftsgüter von 400 auf 1.000 Euro.

Rasche Pensionsreform: Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters, Anreizsystem für längeres Arbeiten

Die steigenden Staatsschulden verlangen rasche Maßnahmen im Pensionsbereich. „Eine tiefgehende Pensionsreform ist dringend notwendig. Die junge Generation sitzt auf einer tickenden Schuldenbombe, die es zu entschärfen gilt. Deshalb fordern wir zuerst eine rasche Angleichung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter. In einem zweiten Schritt ist ebenso eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters unumgänglich“, unterstreicht der Bundesvorsitzende. Zusätzlich bedarf es wirksamer versicherungsmathematischer Zu- und Abschläge. Längeres Arbeiten über das Regelpensionsantrittsalter hinaus soll durch Pensionszuschläge belohnt werden. Gleichzeitig sollen durch wirksame Abschläge Versicherte motiviert werden, bis zum Regelpensionsalter im Erwerbsleben zu bleiben.

Verwaltungsreform für einen „smarten“ Staat

„Die Struktur der österreichischen Verwaltung braucht eine Verjüngungskur und eine Anpassung an das 21. Jahrhundert. Deshalb müssen etwa Doppelgleisigkeiten beseitigt werden“, erklärt Rohrmair-Lewis. Die Hebung dieses Einsparungspotentials ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit, da auf diesem Weg unnötige Schulden abgebaut und verhindert werden.

Rückfragehinweis:

Junge Wirtschaft
Roman Vonderhaid
Tel: +43 05 90 900-3737
Mail: roman.vonderhaid@wko.at